

Herr Vorsitzender, verehrte Kollegen,

wir beraten gemeinsam über den Nachtragswirtschaftsplan 2006, den Wirtschaftsplan 2007 und die Vorlage zum Abbruch der Fusionsverhandlungen. Der innere Zusammenhang erschließt sich auf den ersten Blick nicht. Das einzig Verbindende ist der Oberbegriff Kreiskrankenhäuser.

Der Nachtragswirtschaftsplan 2006 ist eine logische Folge der Tarifverhandlungen mit dem Marburger Bund und verdi. Es steht aber auch die „ständige“ Gesundheitsreform, die jetzt schon mindestens 10 Jahre währt, ohne dass ein Ende dieser Reform in Sicht wäre. Aber auch die Regelungen der EG zur Arbeitszeit, die durch den Europäischen Gerichtshof bestätigt wurden, führen zu diesen Mehrbelastungen. Diese können nach den Aussagen im Wirtschaftsplan nicht mehr aufgefangen werden. Wir müssen heute über ein Defizit von fast Knapp 100.000 Euro gegenüber einem bisher geplanten Gewinn von knapp einer halben Million Euro Gewinn also einem kumulierten Verlust von über einer halben Million Euro beschließen, ohne nur die geringste Aussicht vor Augen zu haben, dass wird möglicherweise aus eigenen Kräften dieses Defizit mittel bis langfristig abbauen können. Sicher ist es für die Versorgung der Bevölkerung notwendig entsprechende Mittel auch aus dem Kreisetat bereitzustellen, aber auch das muss eine Grenze haben.

Trotz dieser Bedenken wird die CDU-Fraktion dem Nachtragswirtschaftsplan zustimmen.

Der Wirtschaftsplan 2007 schließt in seinem geplanten Saldo mit fast einer halben Million Euro Verlust ab. Nimmt man noch den Jahresabschluss 2004 mit einem Verlust von rund 4 Millionen Euro hinzu, so gibt das einen Verlust von rund 5 Millionen Euro innerhalb von drei Jahren. Das entspricht rund 12 Prozent der geplanten Ausgaben des Jahres 2007. - Wie lange können und wollen wir uns das noch leisten? – Ein Rufen nach Hilfe aus Wiesbaden oder Berlin gleicht den Rufen eines Verdurstenden in der Wüste.

Unsere eigenen Bemühungen um Einsparungen haben ein Maß erreicht, das bei weiteren Maßnahmen in dieser Richtung, einen gesicherten Betrieb nicht mehr zulässt.

Sicher ist es möglicherweise sinnvoll beide Kliniken weiterhin selbst in eigenständiger Organisationsform zu betreiben. Denkbar wäre aber auch eine Kooperation mit anderen kommunalen Kliniken in der näheren Umgebung oder gar eine Privatisierung. Das möchten wir in einer Untersuchung gegenübergestellt haben. Deshalb haben wir beantragt, dass im Wirtschaftsplan die notwendigen Mittel für eine entsprechende Untersuchung bereitgestellt werden. Wir bitten sie, meine Kolleginnen und Kollegen, diesem Antrag zuzustimmen. Sollte diese ihnen möglich sein, werden wir auch den Wirtschaftsplan 2007 mittragen.

Die CDU – Fraktion stimmt dem Vorschlag des KA zum Abbruch der Verhandlungen zu. Wir sind auch jetzt noch der Auffassung, dass bei etwas größerer Bereitschaft beider Seiten zu einem erfolgreichen Ergebnis zu kommen, eine Lösung der Probleme möglich gewesen wäre. Trotzdem muss aus der Sicht des Kreises und damit auch der CDU-Fraktion eine Verhandlung nach einem überschaubaren Zeitpunkt abgeschlossen werden. Dieser Punkt ist aus unserer Sicht jetzt erreicht. Es darf dann aber nicht aus Wiesbaden verhindert werden, dass eine sinnvolle Weiterentwicklung der Kreiskrankenhäuser vorangetrieben wird, wie es anscheinend derzeit in Hanau mit den Städtischen Kliniken versucht wird. Wenn dies eine Vorbedingung für die Aufnahme von Fusionsverhandlungen gewesen wäre, hätte die CDU – Fraktion diesen Verhandlungen nie zugestimmt.